

AKTUELL

LAUFZEITVERLÄNGERUNG VON CATTENOM

Kritisch zur Kernkraft

Joël Adami

Die Luxemburger Regierung sieht eine mögliche Verlängerung der Laufzeit des Kernkraftwerks Cattenom kritisch. Damit folgt sie einem internationalen Trend.

Am 11. September publizierte die hiesige Regierung eine Stellungnahme der Luxemburger „Division de la Radioprotection“ (DRP), die sich mit der geplanten Laufzeitverlängerung der französischen Kraftwerke mit 1.300 MWe („Megawatt electric“) Leistung auseinandersetzt. Vier dieser Kraftwerkeblöcke stehen in Cattenom, zwischen 2027 und 2033 werden sie alle vierzig Jahre in Betrieb sein und sind damit eigentlich am Ende ihrer vorgesehenen Laufzeit angelangt. Wie alle Reaktoren dieses Typs sollen sie daher aufgerüstet werden, um ihre Sicherheit zu verbessern. Dadurch will die Betreiberfirma EDF erreichen, dass diese Kernkraftwerke mindestens weitere zehn Jahre Strom produzieren.

Die DRP, die dem Gesundheitsministerium untersteht, untersucht in ihrem kurzen Bericht die geplanten Sicherheitsmaßnahmen. Grundsätzlich erkennt man „die vielen positiven Aspekte der vorgeschlagenen Sicherheitsverbesserung“ an, einige Punkte verdienen laut der Strahlenschutzbehörde jedoch mehr Aufmerksamkeit. Dazu gehören die Belüftungs- und Filteranlagen. Hier schlägt die DRP vor, leistungsfähigere Filter auf dem neusten Stand der Technik einzusetzen. Damit könne die Freisetzung von radioaktivem Jod verringert werden.

Die DRP bemängelt auch, dass das Sicherheitskonzept für die verbesserten 1.300 MWe-Reaktoren nicht auf die Gefahr eines versehentlichen oder absichtlichen Flugzeugabsturzes eingeht. Zwar ist geplant, die Reaktoren zu „bunkerisieren“ und sie somit widerstandsfähiger zu machen, eine spezielle „Flugzeughülle“ ist jedoch nicht vorgesehen. Ähnlich lautet die Kritik auch bei der Verstärkung des Reaktorbodens: Es sei nicht klar, ob diese im Fall einer Kernschmelze ausreiche, um das radioaktive Material davon abzuhalten, in das Erdreich einzudringen. Im Bericht der DRP werden zudem fehlende Informationen moniert: Zwar seien neue Kühlquellen und zusätzliche Notstromaggregate installiert worden, doch es gäbe keine Informationen darüber, inwiefern diese die „ursprünglichen Konstruktionsmängel“ ausgleichen könnten.

Der Bericht der DRP vergleicht die vorgeschlagenen Sicherheitsmaßnahmen immer wieder mit dem Kernkraftwerkstyp „Evolutionary Power Reactor“ (EPR), welcher als sehr sicher gilt, da in

ihn die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte eingeflossen sind. Der deutsche Reaktorsicherheitsexperte Manfred Mertins hat für Greenpeace ebenfalls einen Bericht über die Sicherheit der zu modernisierenden Reaktoren verfasst. Er bedient sich desselben Vergleichs. Gegenüber dem ausführlichen Bericht von Mertins wirken die knappen drei Seiten der DRP eher blass.

Blasser Bericht

Womöglich fällt die Studie ja deshalb so wortkarg aus, weil die CSV-DP-Regierung „zurückhaltend“ gegenüber Frankreichs Kernkraftplänen bleiben und sich mit detaillierter Kritik daher zurückhalten wollte. Sowohl Energieminister Lex Delles (DP) als auch Premierminister Luc Frieden (CSV) hatten in den letzten Monaten immer wieder betont, man wolle sich nicht in die Energiepolitik anderer Länder einmischen.

Das tat man dann aber doch. In der Pressemitteilung, die den Bericht der DRP begleitete, fordert die Regierung eine Schließung der Kernkraftwerke Cattenom, Thiange und Doel. (Die letzten beiden befinden sich wohl gemerkt in Belgien und sind keine 1.300 MWe-Reaktoren.) Damit versucht man einem internationalen Trend entgegenzuwirken. Die Laufzeit von Kernkraftwerken wird tendenziell nämlich immer länger, wie der neueste „World Nuclear Status Report“, der am Donnerstag dieser Woche veröffentlicht wurde, bestätigt. Im Schnitt sind Kraftwerke heute 32 Jahre alt, über ein Viertel ist sogar bereits seit über 40 Jahren in Betrieb. Nach wie vor ist keine Renaissance der Kernkraft am Horizont sichtbar, sondern das Gegenteil. Um weiterhin so viel Strom wie bisher durch Kernkraft zu erzeugen, müssten bis 2030 zusätzliche 65 Reaktoren gebaut werden. Ein Szenario, das die Autor*innen des Statusberichtes als „hochgradig unrealistisch“ beschreiben.

Seit 2019 begannen 35 Bauprojekte für Kernkraftwerke, alle von China und Russland. Die Bauzeit der wenigen Kernkraftwerke, die derzeit von anderen Ländern errichtet werden, verzögert sich immer weiter. Der Bericht zeigt auch, dass es bisher keine erfolgreichen Projekte für kleine, modulare Kernkraftwerke gibt, obwohl diese immer wieder von Politiker*innen wie etwa Emanuel Macron als zukunftsweisend beschrieben werden. Das erhöht den Druck, alte Kraftwerke wie Cattenom weiterhin zu betreiben – und damit auch den auf die Luxemburger Regierung, die Position gegenüber Frankreich nicht nur in Pressemitteilungen, sondern auch in bilateralen Gesprächen zu verteidigen.

SHORT NEWS

Ben Polidori passe au LSAP

(fg) – Le député du Nord Ben Polidori, qui avait claqué la porte des pirates le 15 juillet, rejoint le LSAP. Il a fait cette annonce dans une interview accordée au « Tageblatt ». Pour l'élu de 34 ans, le parti socialiste est la formation qui reflète le mieux ses « valeurs fondamentales », défend une société « socialement juste » et compte dans ses rangs des député·es de sa génération avec lesquelles il se sent en phase. Il confie avoir été également approché par les verts, le DP et le CSV. Ben Polidori vient finalement grossir les rangs du premier parti d'opposition à la Chambre, le nombre d'élu·es socialistes passant de 11 à 12. Le député avait quitté les pirates en raison de « divergences concernant la gestion interne, comme la méthode de prise de décisions ». Il avait évoqué de lourdes divergences avec « les décideurs » de la formation, à laquelle il avait permis de conquérir un troisième siège aux dernières législatives. Son départ avait révélé au grand jour la crise profonde que traversent les pirates, dont les deux députés restants, Sven Clement et Marc Goergen, s'entredéchirent sur fond d'accusations mutuelles de harcèlement. Ironie du calendrier – ou non – Ben Polidori a annoncé son ralliement aux socialistes le 19 septembre, Journée internationale du parler pirate !

Liberty Steel : les salaires d'août enfin versés

(fg) – Les plus de 150 salarié·es toujours employé·es par Liberty Steel à Dudelange ont enfin obtenu leur salaire du mois d'août. Il leur a été versé ce jeudi 19 septembre, avec plus de trois semaines de retard. L'usine, spécialisée dans la galvanisation, est quasiment à l'arrêt depuis le printemps 2021, mais les salaires avaient toujours été payés, malgré les grandes difficultés financières qu'affronte le groupe sidérurgique de l'homme d'affaires britannique Sanjeev Gupta, comme l'a rapporté le woxx (woxx 1803). Mais fin août, la direction avait prétexté un problème technique pour justifier le non-versement des rémunérations. Les syndicats avaient alors adressé une mise en demeure à Liberty Steel. Face à l'OGBL et au LCGB, la direction s'était engagée à virer les salaires au plus tard le 15 septembre, ce qui n'a pas été le cas. À l'issue d'une réunion tenue le 17 septembre, le directeur du site avait cette fois promis un versement pour le 19 septembre. Selon Robert Fornieri, secrétaire général adjoint du LCGB, les salaires ont bien été versés cette fois-ci et les salarié·es ont enfin vu leurs comptes en banque crédités. Mais tout le monde s'interroge sur la suite : qu'en sera-t-il des salaires de septembre ?

woxx@home

Klingendraht und Kartelle

Kathrin Zeiske, Journalistin und Mexiko-Korrespondentin der woxx, hielt vergangenen Dienstag im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung der ewb und der woxx einen Vortrag zur aktuellen Lage von Geflüchteten in der Grenzregion zwischen Mexiko und den USA. Sie berichtet von hohen Grenzzäunen, die in den vergangenen Jahren mit Klingendraht versehen wurden, und von zersplitterten Kartellen, die die Notlage der Menschen ausnutzen und mittlerweile als Schleuser mehr verdienen als im Drogengeschäft. Die Lage in Grenzstädten wie Ciudad Juárez, der Heimat von Kathrin Zeiske, spitzt sich weiter zu. Es ist ausschließlich zivilgesellschaftlichen Aktionen und engagierten Einzelpersonen zu verdanken, dass die Migrant*innen, ein Viertel von ihnen aus Venezuela, zumindest grundlegende Unterstützung erhalten – sei es durch Verpflegung, medizinische Hilfe oder rechtlichen Beistand. Der Krieg gegen Geflüchtete wurde bereits von vergangenen Präsidenten geführt, hat sich im letzten Jahrzehnt jedoch durch Trumps massive Abschottungspolitik verschärft. Joe Bidens Regierung brachte die im ersten Wahlkampf angekündigte Wende nicht. Auch ein Wahlsieg von Kamala Harris, so Kathrin Zeiske, verspreche keine wesentliche Änderung dieser Politik. Dem Vortrag folgte eine angeregte Diskussion, bei der die Anwesenden noch viele weitere Fragen hatten – auch über die sportlichen Aktivitäten von Zeiske, die nämlich nicht nur Journalistin, sondern auch „Lucha libre“-Kämpferin ist.